

403/AB

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 438/J betreffend Realisierung wichtiger Straßenbauprojekte in Vorarlberg, welche die Abgeordneten Motter, Lackner, Dr. Feurstein, Kopf, Partnerinnen und Partner am 19. April 1996 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Die verkehrspolitische Bedeutung der geplanten Säumfahung von Feldkirch liegt in der dabei erreichbaren Entlastung des Stadtgebietes von Feldkirch. Durch den Ausbau der zweiten Röhre des Amberg Tunnels sollen die Stauerscheinungen, die - insbesondere zu Spitzenzeiten - durch diese Engstelle im Verlauf der Rheintal Autobahn verursacht werden, vermieden werden. Mit der geplanten S 18 Bodensee Schnellstraße soll eine direkte Verbindung zwischen der Rheintal Autobahn und dem schweizerischen Autobahnnetz

hergestellt und damit eine Entlastung der insbesondere im Zuge der B 202 Schweizer Straße gelegenen Ortsdurchfahrten erreicht werden. Durch den Ausbau der B 200 Bregenzerwald Straße sind in erster Linie Erleichterungen für den Berufspendlerverkehr, aber auch Entlastungen der derzeitigen Ortsdurchfahrten zu erwarten.

Antwort zu den Punkten 2 und 3 der Anfrage:

Nach der von der Bundesstraßenverwaltung Vorarlberg vorgelegten landesinternen Prioritätsreihung sind in der Bedarfsfeststellung für den Ausbau der Bundesstraßen die Bauvorhaben "S 18 Bodensee Schnellstraße" (mit Gesamtkosten von 765 Mio. S.), "B 191 Säumfahung Feldkirch" (mit Gesamtkosten von 360 Mio. S.) sowie "B 200 Dornbirn Nord/Schwarzachtobel" und "B 200 Ortsdurchfahrt Andelbsbuch II" (mit Gesamtkosten von 816 bzw. 71,6 Mio. S.) in Dringlichkeitsstufe 1, das Bauvorhaben "A 14 Ambergtunnel, 2. Röhre" (mit Gesamtkosten von 600 Mio. S.) in Stufe 2 gereiht. Nach neuesten Kostenschätzungen werden die Kosten für die 2. Röhre des Ambergtunnels mit ca. 350 Mio. S. angegeben. LR Gorbach hat - über diese Meldungen zur Bedarfsfeststellung hinausgehend - keine aktuellen projektsbezogenen Stellungnahmen abgegeben.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Dem berechtigten Wunsch der Stadtgemeinde Feldkirch nach Entlastung des Stadtgebietes vom Durchzugsverkehr wird durch das Projekt der Säumfahung Rechnung getragen. Eine diesbezüglich vorgelegte Studie wurde vom Wirtschaftsministerium bereits genehmigt, die weiteren Planungen werden im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Dienststellen des Herrn Landeshauptmannes von Vorarlberg durchgeführt.